



## Chronik des Tages.

Die Flottenverordnung der Regierung soll praktisch nicht vor dem 1. August zur Anwendung gelangen.  
Ueber die Groß-Hamburg-Frage haben in Berlin zwischen Vertretern Preußens und Hamburgs die Besprechungen begonnen.  
In Polen ist es endlich Wilos gelungen ein Kabinett zu bilden, doch muß es sich auf größte Opposition gefaßt machen.  
Bei Edinburgh ereignete sich ein Zugzusammenstoß, wobei 3 Personen getötet wurden.  
Aus New York verläutet, daß Kommander Byrd, der den Nordpol überflogen hat, nochmals einen solchen Flug ausführen will, um am Nordpol zu landen.  
Amundsens Luftschiff „Norge“ ist zum Nordpol gestartet.

## Die Völkerbundsreform.

Zu Beginn dieser Woche hat die vom Völkerbundsrat eingesetzte Studienkommission in Genf ihre Beratung aufgenommen. Sie hat den Zweck, zu untersuchen, inwiefern die Völkerbundsreform einer Reform bedarf. Neben den Mitgliedern des Völkerbundsrates, den ständigen und nichtständigen Ratsmitgliedern, sind auf der Konferenz Deutschland, Argentinien, China, die Schweiz und Polen vertreten. Besondere Beachtung wird Deutschland durch den Botschafter in Paris, Dr. von Hoersch, vertreten.

Die Sachlage ist schon deshalb schwierig, weil von allen möglichen Mächten Anspruch auf ständige Vertretung im Rat erhoben wird. Man zählt etwa ein halbes Duzend solcher Ansprüche und es ist kaum abzusehen, ob sich die Zahl dieser Anspruchssteller noch erheblich vermehren wird. Daß es sich im Hinblick auf den künftigen Verlauf der Märztagung hier um einen Beratungsgegenstand handelt, dessen allgemeiner politischer Bedeutung von außerordentlicher Tragweite für die fernere Zukunft des Völkerbundes sein dürfte, steht außer jedem Zweifel. Man muß aus dem Dilemma, das durch die Struktur des Völkerbundsrates geschaffen ist, in irgendeiner Weise herauskommen.

Das Ergebnis des ersten Beratungstages ist allerdings nicht vielversprechend. Zwar hob Präsident Motta am Schluß der Sitzung in einer reichlich optimistisch gehaltenen Zusammenfassung hervor, daß man sich nach dem Stande der Debatte über 2 Punkte schon „vollständig einig“ sei. Erstens darüber, daß die Einkunftssteuern nicht aufgehoben werden sollen und dann darüber, daß der Ausschuß keine Vorschläge machen soll, die als Abänderung des Völkerbundsstatutes angesehen und ausgearbeitet werden könnten. Ueber den eigentlichen Kernpunkt der Ratfrage, über die Erweiterung des Völkerbundsrates, ist jedoch keinerlei Einigung erzielt und wird wahrscheinlich auch nicht so rasch zustande kommen.

Im Mittelpunkt der ersten Verhandlungen der Studienkommission stand die große Rede des französischen Delegierten Paul-Boncour, dessen Warschauer Rede uns allen noch in übelster Erinnerung ist. Auch in Genf konnte er es nicht unterlassen, Deutschland einen Hieb zu versetzen, indem er auf die Gefahr des „Berliner Vertrags“ hinwies. Er betonte aber auch die Zweckmäßigkeit des deutschen Eintritts in den Völkerbund, doch müsse, um einen „natürlichen Ausgleich“ herbeizuführen, die Zahl der nichtständigen Mitglieder gleichzeitig erhöht werden.

Demgegenüber machte der Vertreter Italiens, Scialoja, die treffende Bemerkung, daß ja die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder bereits früher im Hinblick auf die Möglichkeit des Beitritts von Deutschland von vier auf sechs Staaten erhöht worden sei, ein nochmaliger „Ausgleich“ also wohl kaum am Platze sei. Im übrigen sprach sich der italienische Delegierte gegen eine Vermehrung der ständigen Ratsmitglieder aus, mit der Begründung, daß die Zahl der ständigen Ratsmitglieder nach Auffassung der Verfasser des Völkerbundsstatutes — zu welchen Scialoja selbst gehörte — nur mit dem Eintritt Deutschlands, der Vereinigten Staaten oder Australiens von Fall zu Fall erhöht werden soll.

Die Vertreter Japans und Schwedens stimmten im wesentlichen der italienischen Auffassung über die ständigen Ratsmitglieder zu, während der englische Delegierte Lord Robert Cecil jede Diskussion über die ständigen Ratsmitglieder überhaupt vermied und lediglich von den nichtständigen Ratsmitgliedern sprach. Es ist daher anzunehmen, daß die weiteren Beratungen der Studienkommission sich ebenfalls auf die Frage der nichtständigen Ratsmitglieder beschränken werden. Ohne große Auseinandersetzungen wird es dabei allerdings kaum abgehen. Wenn sich bis jetzt auch noch keine sonderlichen Hemmungen gezeigt haben, so werden sie wohl kaum auf sich warten lassen. Alsdann muß die Befestigung dieser Schwierigkeiten in einem Sinne versucht werden, der den von uns grundsätzlich zu fordernden Vorbedingungen entspricht.

## Weimarer Nachklänge.

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“

Hindenburgs Besuch bei der Regierung Thüringens war für Weimar ein Ereignis, das alle Bevölkerungsschichten in lebhafter Begeisterung versetzte. Nach einer Rundfahrt durch Weimar und Umgebung fand eine Festvorstellung im Nationaltheater statt. Es wurde die Helena-Phantasmagorie aus Faust und die Kitzelene aus Wilhelm Tell aufgeführt.

Bei der Kitzelene wiederholte der Reichspräsident schenkend den Kitzelwut: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“

Auf die Ansprache des Staatsministers Leutheußer im großen Saal des Schlosses antwortete der Reichspräsident u. a.:

„Es ist mir eine besondere Freude, heute nach laugen Jahren Thüringen und die freundliche Stadt an der Ilm in ihrem Frühlingsschmucke wiederzusehen, diese Stadt, die im Gesamtbild deutscher Kultur einen so hervorragenden Platz einnimmt, und dieses schöne Land, das für alle Deutschen so viele Erinnerungen in sich birgt. Zwei Stätten

sind es dort, die uns allen besonders lieb und wert sind und die für ganz Deutschland nationale Heiligtümer bedeuten: Die sagenumwobene Wartburg, die den Sammel- und Höhepunkt erster deutscher Poesie darstellt, und das klassische Weimar, das uns die höchste Stufe deutscher Dichtung und geistiger Entwicklung versinnbildlicht. Gerade in den schweren und dunklen Tagen, die das harte Schicksal unserer Zeitgenossen auferlegt hat, haben Viele es dankbar empfunden, welche harte Macht in unseren geistigen und kulturellen Gütern enthalten ist und wieviel Trost und Zuversicht diese geben können.“

Nur die vollste Ausnutzung dieser inneren Kräfte kann uns zur Gesundung und zu neuer Geltung bringen; wir alle müssen in jetziger Zeit doppelt danach streben, in unserem Volke das heilige Feuer des Idealen wachzuhalten, um nicht einen wertvollen Teil unseres Wesens und unseres Volkstums zu verlieren.“

## Der Streik in England.

Günstige Wendung für die Regierung.

Die Lage des Streiks in England, die sich äußerlich wenig verändert hat, dreht sich immer mehr zugunsten der Regierung. Die Versorgung mit Lebensmitteln wird zunehmend besser, auch verkehren täglich mehr Züge, doch scheint der Zugverkehr, der ja durchweg von Freiwilligen geleitet wird, nicht ungefährlich zu sein. Von mehreren Plätzen Englands werden Zusammenstöße gemeldet, bei denen 4 Personen getötet und doppelt soviel verletzt wurden.

## Der Londoner Hafen unter Militärschutz.

In den Häfen ist der Verkehr beinahe wieder normal. Auch im Londoner Hafen ist es wieder lebendig. Von Panzerwagen des Lanckorps besetzt, durchzogen 300 Autolastwagen das Eastend, während die Bevölkerung schlief. Den Autolastwagen entstieg mit Stahlhelm und Brustpanzer bewehrte Gardien, die sofort an Stelle der Streikposten vor den Eingängen zu den Docks sich unterstandsmäßig einrichteten. Unterdessen wurden etwa 150 Autolastwagen mit Mehl und Zucker beladen und unter dem Schutz von Kavallerie und Tagls zum Hydepark gefahren, wo die Verteilung der Lebensmittel stattfindet. Der Hafen ist jetzt unter dem dauernden Schutz von zwei Bataillonen.

## Die Regierung beschlagnahmt das Zeitungsdruckpapier.

In der letzten Unterhausdebatte gab der Schatzkanzler Churchill bekannt, es sei nötig geworden, vorläufig alles Papier zu requirieren, das sich für die Herstellung der von der Regierung herausgegebenen Notzeitung eignet. Demnach würde also das Organ der Streikenden nicht mehr gedruckt werden können.

Die Ostender Konferenz der Gewerkschaftsinternationale sah den Beschluß, in dieser Woche eine Konferenz nach Duisburg einzuberufen, die sich mit der Verhinderung der Ausfuhr von Fuhrkohle nach England beschäftigen soll.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. Mai 1926.  
Den Angehörigen der Reichswehr ist der Besuch des bolschewistischen Propagandafilms „Panzerkreuzer Potemkin“ wegen Gefährdung der Disziplin verboten worden.

Die deutsche Interpellation nach dem Reichsschulgesetz. Die deutsche Interpellation der Reichsregierung, wann sie, entsprechend dem dringenden Wunsch weite Kreise, der Forderung der Reichsverfassung und den wiederholten Beschlüssen des Reichstages, den langem warteten Entwurf eines Reichsschulgesetzes einzubringen gedenke.

45-Millionen-Anleihe der Stadt Berlin. Der Stadt Berlin ist die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 45 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Der Erlös der Anleihe dient zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues, zum Bau von höheren Schulen, Berufs- und Fachschulen, von Kranken- und Badeanstalten, Bureau-, Dienstgebäuden und Tiefbauten für das Feuerlösch- und Gesundheitswesen.

Regierungsbereitschaft der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgenden Beschluß zur Flaggenfrage gefaßt: „Für den Fall, daß es infolge der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggenfrage zu einer Regierungserklärung kommt, ermächtigt die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterhändler grundsätzlich zu Verhandlungen über die Neubildung der Regierung.“

Die Christliche Gewerkschaftsinternationale zum Generalkongress. Der Vorstand des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften beschäftigte sich in Köln in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der Christlichen Fachinternationalen von Bergarbeitern, Eisenbahnern und Transportarbeitern mit der gegenwärtigen Lage in England. Er stellte auf Grund des vorliegenden Materials fest, daß die englischen Bergarbeiter sich in einem berechtigten Abwehrkampf gegen Verschlechterung der Löhne und der Arbeitszeit befinden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es, daß vor allem das Umsichgreifen des revolutionären Kommunismus mit allen seinen Schäden für die Arbeiterschaft und die Gesamtheit verhindert werden müsse. Ueber die gegenüber dem englischen Generalkongress zu ergreifenden praktischen Maßnahmen sollen die Fachinternationalen in Verbindung mit dem leitenden Ausschuss gegebenenfalls Beschlüsse fassen.

## Rundschau im Auslande.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen Farfer Gilbert hält sich acanwärta in Paris auf. we er mit

der Reparationskommission über das Funktionieren des Dawosplanes verhandelt.

## Neue Enthaltungen des Prinzen Windisch-Grätz.

In der Montagabendverhandlung des Budapester Frankfurterprozesses nannte der Angeklagte Raba, Privatsekretär des Prinzen Windisch-Grätz, ausdrücklich den Ministerpräsidenten Bethlen als Mitschuldigen. Auf die Frage, ob die Regierung die Aktion unterstützt habe, oder ob sie wenigstens eine Art Rückendeckung gebildet habe, verweigerte Windisch-Grätz die Aussage. Darauf erklärte der ehemalige Polizeichef Radossy, er habe niemand irgendwelche Anhaltspunkte dafür gegeben, daß die Regierung von der Sache wisse. Kein Mitglied der Regierung habe davon gewußt. Das für die Fällungen benötigte Papier, sagte Windisch-Grätz aus, sei dasselbe, das die Franzosen im Ruhrgebiet zur Fällung deutscher Banknoten verwendet hätten. Ein gewisser Schulze habe unter dem Zwang der Franzosen an der Herstellung teilgenommen.

## Die neue polnische Regierung.

Dem zum 8. Mai mit der Regierungsbildung in Polen betrauten Bauernführer Witos ist es, wie aus Warschau gemeldet wird, gelungen, gemeinsam mit der Rechten und der nationalen Arbeiterpartei gegen die Opposition der Linken eine Regierung zu bilden. Viele Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts Strazynski behalten ihre Vorposten. Das Ministerium des Innern, das Kriegsministerium und das Ministerium des Innern sind neu besetzt worden. Graf Strazynski hat die neuerliche angebotene Mitwirkung an der neuen Regierung abgelehnt. Dem polnischen Befehlshaber in Bukarest Bielowiecki ist angeblüh der Vorschlag gemacht worden, das Außenpostensystem zu übernehmen. Seine Antwort soll noch ausstehen.

## Wanderbelde bleibt belgischer Außenminister.

Der sozialistische Kammerpräsident Brunet wird, wie aus Brüssel gemeldet wird, ein nationales parlamentarisches Kabinett bilden, das sich aus 5 Sozialisten, 5 Katholiken und 2 Liberalen zusammensetzt. Wanderbelde wird Außenminister bleiben. Wanderbelde erklärte, die Verhandlungen der letzten Tage hätten zu dem Ergebnis geführt, daß man die Bildung einer Regierung ins Auge faßte, deren besondere Aufgabe die Rettung des Franken und die Wiederherstellung der finanziellen Lage Belgiens sei.

## Preussischer Landtag.

### Die Erhaltung des Kölner Doms.

— Berlin, den 11. Mai 1926.  
Der Preussische Landtag setzte die zweite Beratung des Kultusetat beim Abschnitt „Universitäten, technische Unterrichtsanstalten und sonstige wissenschaftliche Anstalten“ fort. Auch heute wurden von den einzelnen Fraktionsrednern wieder zahlreiche Wünsche vorgebracht. Im Anschluß daran wurde das Kapitel Kunst behandelt. Mit der Beratung verbunden war die Besprechung der Anträge über die Not der Schriftsteller und der Musiker, sowie eine große Anfrage des Zentrums über die Erhaltung des Kölner Doms.

In der letzten Angelegenheit führte ein Regierungsvertreter aus, daß allein die Wiederherstellungskosten am Ende der Bauarbeiten bis zu 20 Millionen Mark betragen würden und mehr als sechs Millionen Mark Kosten. Die Staatsregierung werde, soweit es die Finanzlage des Staates erlaube, die Bauten am Kölner Dom mehr als bisher fördern und hoffe, daß schon bald einmalige Vorgehen werden könne.

Schließlich wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

## Kompromiß im Flaggenstreit.

Vorläufig keine Anwendung der Flaggenverordnung?  
— Berlin, 11. Mai.

Nachdem die Reichsparteivorstände des Zentrums und der Demokraten den Einspruch ihrer Reichstagsfraktionen gegen die neue Flaggenverordnung gestern ausdrücklich gebilligt hatten, trat das Reichskabinett am Montag, abends 10 Uhr, in den Räumen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, den am Montag seinen 48. Geburtstag feierte, zu einer nächsten Kabinettsitzung zusammen, die drei Stunden dauerte, ohne daß es zu einem Beschluß kam.

Am Dienstag vormittag hat sich die Reichsregierung dann nach erneuten Besprechungen entschlossen, den demokratischen Wünschen in bezug auf eine Aussetzung des Flaggenverlasses entgegenzukommen. Die Verordnung soll bis zum 1. August zwar nicht ausgesetzt, aber nicht praktisch in Anwendung gebracht werden. Man erwartet, daß spätestens bis zu diesem Termin die Beratungen zur Schaffung der Einheitsflagge im Sinne des Schiedens des Reichspräsidenten abgeschlossen sind, sodas dann die Verordnung voranschrittlich gegenstandslos sein würde.

Reichsinnenminister Dr. Kütz übermittelte diesen Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion, die jedoch ihre endgültige Haltung zu dem Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie von der Erklärung des Reichskanzlers abhängig machte. Auch die übrigen Fraktionen entschlossen sich, ihre Entscheidung erst nach der Kanzlerrede zu treffen.

## Die Interpellation der Sozialdemokratie.

Die Flaggendebatte im Reichstag.  
Angeblüh dieser Lage sah man im Reichstag der Erklärung des Reichskanzlers allgemein mit großer Spannung entgegen. Am Regierungstisch hatten der Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Kütz, Justizminister Dr. Marx und die anderen Mitglieder des Kabinetts Platz genommen. Das lebhafteste Interesse, das das Publikum an den Verhandlungen über die Flaggenfrage nimmt, machte sich durch außerordentlich starken Besuch der Tribünen geltend.

Auf der Tagesordnung stand die sozialdemokratische Interpellation zur Flaggenfrage. Verbunden damit sind ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler und ein volkstümliches Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett. Der Antrag der Sozialdemokraten wird damit begründet, daß der Flaggenverlaß durch die Veränderung der Dienstflagge der Reichsbehörden zur See den Farben Schwarz-Rot-Gold eine vermehrte Bedeutung beilege, die abgelehnt werden müsse.

Abg. Reichswehr (Soz.) begründete die Interpellation seiner Fraktion. Sowohl der Inhalt der Flaggenverordnung als auch die Art ihrer Einbringung hätten berechtigte Empörung im Volke hervorgerufen. Der Reichskanzler habe sich auf die Honoratiorenklubs der Auslandsdeutschen berufen, aber das Parlament habe er nicht gefragt, nicht einmal die Parteien, auf die er sich stütze. Es ist das nicht das erste Mal, in erklärte der Redner, daß er die Parteien des





## Christi Himmelfahrt.

Ungezählte brauchen heute den Hinweis auf das, was jenseits des Zeitlichen liegt, den Hinweis auf den Himmel, auf das Göttliche. Ungezählte bedürfen des Wegweisers aus der Gottferne in die Gottnähe.

Gerade heute ist das Herz jedes Einzelnen, ob er es eingeseht oder nicht, voller Sehnsucht, voller Unzufriedenheit mit allem, was an die Erde bindet, denn der Mensch, ob er sich auch noch so sehr für „modern“, für „aufgeklärt“ hält, ist und bleibt ein Glied im Ring der Ewigkeit und sein Herz, stets auf der Suche nach dem friedlichen, stillen Pol, wird nicht Ruhe haben, bis es ruhet in Gott.

Kaum eine Zeit als die heutige war typischer für einen Menschen, der in dumpfer Schwere dahinglebt und über allem Schaffen und Tagen seinen Herzensfrieden zu finden weiß, weil man nicht mehr die Schwingen zu spannen vermag, die über alles Ungeheuer, über alle Erdennot hinwegheben, hinweg über die Drangsale der Alltäglichkeit. Dieser Mensch, der über den eintönigen Arbeitstagen und über dem Existenzkampf die belebende Spannkraft seiner Seele eingebüßt hat, ist der gleiche, der sich erheben fühlt über den Gottesglauben, ist der gleiche, der sich hat einreden lassen, daß man ohne Kirche und ohne Regierung auskommt. Man hat den neuen Propheten geglaubt und über ihren schwülstigen Phrasen das Wort des großen Meisters vergessen: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, an seiner Seele aber Schaden leidet.“

Wie sollte auf dem schwankenden Boden unserer Gegenwart, wie sollte aus der unausgesetzten Unruhe unserer Zeit heraus eine Milderung dieser sittlichen und religiösen Not möglich sein, wenn nicht wieder die Menschheit von sich aus begreifen lernt, daß ihr Weg heute nicht aufwärts, sondern abwärts führt. Wie sollte es eher anders werden, wenn der Mensch nicht selber seine Not klar erkennt, wenn er nicht endlich verstehen lernt, was ihm zum Heile dient. Der Mensch muß wieder den Mut zur Wahrheit lernen, den Mut zu der Selbstanlage, daß er sich immer mehr von den großen Gefahren der sittlichen Weltordnung hat abbringen lassen, daß er sich von einer unheiligen Zeitströmung hat mit fortziehen lassen, die in unserem Volksleben so unglücklich viel zerstört hat, das uns einst hoch und heilig war, das unsere Mütter und Väter uns ängstlich als Gottesgeschenk zu hüten suchten.

Die neue Zeit, so sehr sie auch der Menschheit Fortschritte auf technischem und wissenschaftlichem Gebiete gebracht hat und weiterhin beschert wird, hat auf sittlichem und religiösem Gebiete nichts Neues, nichts Besseres zu vergeben, weil die Gesetze der sittlichen Weltordnung unveräußerlich, unantastbar sind. Alles außerhalb dieser unveräußerlichen Gesetze ist Unsegen, ist Unheil, ist Seelenvergiftung.

Der Tag Christi Himmelfahrt offenbart uns tief eindringlich, wo wir mit der Erneuerung unseres Volkes zu beginnen haben, wo alles Bauen an Staat und Volksgemeinschaft einzusetzen hat, wenn wirkliche Menschheitswerte geschaffen werden sollen. „Nicht Reichtum und Ausflärtung erhalten die Staaten“, so hat einmal Minister von Stein erklärt, „sondern frommer, reiner und tapferer Sinn.“

Auch leichtfertige und witzige Spötter werden an der Wahrheit dieses Wortes nichts ändern, denn schrecklicher als je zuvor beweisen die seelischen und sittlichen Zustände unserer so „aufgeklärten“ Zeitepoche, daß wir ohne die Gemeinschaft mit dem Himmel, mit dem Göttlichen nicht auskommen können, daß wir innerlich niemals mit uns zurechtkommen, wenn wir die Bestimmnisse unserer Kraft, unserer Freiheit und unseres Friedens anders suchen als bei Gott. (S.)

## Aus Stad und Land.

Haar, rü d udes Erbu: ff ors r: 0's. Wie man aus Haifel berichtet, lautete bei der Eröffnung der Angebote für die Erweiterung des Güterbahnhofes in Göttingen die niedrigste Forderung für die Erledigung der Erdarbeiten auf 3054 Mark, die höchste dagegen auf 95 200 Mark. Ein dermaßen angeblückerter Unterschied dürfte bisher wohl im Submissionswesen noch nicht zutage getreten sein.

Die deutschen Warenhaufschleute in Chicago. Die Studienkommission des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser hält sich zur Zeit in Chicago auf. Bei einem Bankett, das die Warenhaufgroßfirma Marshall Field u. Co. den deutschen Kaufkollegen gab, nahm laut New Yorker Kabelbericht des „Konfektionär“ Oberbürgermeister Deber das Wort zu einer Begrüßungsrede, in der er einen baldigen amerikanischen Gegenbesuch ankündigte. An dem Bankett nahm unter anderem der Präsident der Handelskammer Chicago, Dewes, der Bruder des Vizepräsidenten des amerikanischen Senats teil.

### kleine Nachrichten.

Im Kloster Jirna bei Jüterbog, der ältesten Eisenwerk-Gründung in der Mark Brandenburg, wurde die 700-Jahrfeier der Klosterkirche feierlich begangen.

Der Lehrerverein in Götzsig (Anhalt), einer der ältesten Lehrervereine in Deutschland, kann am 12. Mai auf ein 140-jähriges Bestehen zurückblicken.

In Welfenrieden fand eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Flieger statt, zu der auch Dr. Gdener erschienen war.

## Rundfunk

X Berlin und die Schwarzhörner. Die große Menge von Schwarzhörnern in der Reichshauptstadt hat die Berliner Polizei veranlaßt, im Einverständnis mit der Post ein besonderes Dezernat zur Bekämpfung der

Schwarzhörner einzurichten. Die Folge dieses weiteren Ausbaues der Ueberwachungsstelle ist, daß Tag für Tag acht besondere Funkstreifen den Schwarzhörnern auf dem Radon sitzen. Während im vergangenen Jahre insgesamt 927 Personen gefaßt werden konnten, die unbetugter Weise eine Radioanlage besaßen, konnten im ersten Vierteljahr 1926 bereits 251 Schwarzhörner festgestellt und zur Anzeige gebracht werden. Unbegreiflicherweise sind sogar Schwarzhörner nicht selten in den bestimmten Kreisen zu finden. So z. B. ist vor kurzem ein Bankier festgesetzt worden, der ein Vermögen von 300 000 Goldmark (!) besitzt und es trotzdem nicht verschmähte, die Post um den lächerlich geringen Betrag von zwei Mark monatlich zu pressen. Das Dachschloß des Berliner Polizeipräsidiums ist bereits heute von beschlagnahmten Rundfunkgeräten vollgepfropft. Nur dadurch, daß von Zeit zu Zeit eine größere Menge dieser beschlagnahmten Apparate wohltätigen Vereinen zur Verfügung gestellt wird, kann neuer Platz geschaffen werden. Völlig unverständlich ist es, wieso Leute lieber ihren wertvollen Apparat (nicht selten bis zu 400 Mark!) opfern und obendrein sich noch 150 Mark Geldstrafe aufladen lassen, statt sich durch Zahlung der niedrigen Gebühr vor allen Unannehmlichkeiten zu hüten.

## Kunst und Wissen.

— Professor Zerkel f. Wie aus München gemeldet wird, ist dort der berühmte Erfinder des Soghtleapparates zur Sterilisierung der Nahrungsmittel, Geheimrat Professor Dr. Franz von Zerkel, der ehemalige ordentliche Professor für Agrilkulturchemie an der Technischen Hochschule in München, nach längerem Leiden im Alter von 78 Jahren gestorben.



Zum 75. Geburtstag Prof. Adolf v. Harnack.

Eine von Prof. Hugo Lederer modellierte Büste von Prof. Adolf v. Harnack, der jetzt die Feier seines 75. Geburtstages beging.

### Betrachtungen über Rußlands Wirtschaftslage.

Die Frage der Industrialisierung ist unser Schicksal, ist die Frage des Sozialismus, so formulierte Trocki in einer Rede die Hauptaufgabe der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik. Aus diesem Grunde allein waren daher in erster Linie — unter Zurückstellung der wirtschaftlichen Bedürfnisse und Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung — die Bestrebungen der Sowjetregierung auf den Wiederaufbau und die Entwicklung der verstaatlichten Industrie gerichtet, denn „unsere“ Schicksalsfrage bedeutet hier nicht die Schicksalsfrage Rußlands, sondern einzig und allein die der bolschewistischen Theorien und Experimente der bolschewistischen Führer. Außerst bemerkenswert ist dabei, daß diese Entwicklung der Industrie sich nicht auf sozialistischer, sondern auf rein staatskapitalistischer Grundlage vollzogen hat und vollzieht. Die Lösung der Schicksalsfrage ist aber nicht so einfach. Was bisher an magerer industrieller Entwicklung erzielt ist, ist lediglich mit Hilfe der aus der zaristischen Zeit ererbten Produktionsmittel erreicht worden, die im Laufe der 34-jährigen bolschewistischen Wirtschaftspolitik natürlich stark abgenutzt und nunmehr an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sind.

In der letzten Zeit macht sich wieder ein Rückgang in der Produktivität der Arbeit in der Industrie bemerkbar. Solange nicht eine durchgreifende Erneuerung und Modernisierung des technischen Apparates und die Vermehrung der Produktionsstätten durch Neubauten erfolgt, solange ist an eine Steigerung der Produktion nicht zu denken. Diese Aufgabe kann Rußland nur mit Hilfe des Auslandes lösen, das allein die erforderlichen verschiedenartigen Maschinen liefern kann. Um von den Arbeitsmethoden kapitalistischer Länder zu lernen, hat Trocki sogar die Heranziehung ausländischer Spezialisten befürwortet.

Die Folge des trocknen Zustandes der Produktions-Anlagen ist ein großes Heer von Arbeitslosen.

Nach den letzten Veröffentlichungen, die allerdings den Stand Mitte 1925 erfassen, waren bei 70 Arbeitsnachweisungen etwa 615 000 Arbeitslose gemeldet, in welchen etwa 180 000 Industriearbeiter waren. In Moskau wurden 150 000 Arbeitslose, darunter 40 500 der Industrie angehörende, gemeldet. Die Gesamtzahl der Ar-

beitslosen ist aber bedeutend größer. So schätzte sie eine russische Zeitung am 1. 4. 25 für die ganze Union auf 900 000, darunter 262 000 Industriearbeiter. Auch andere Stimmen geben ähnliche Zahlen an, so daß am 1. 4. 25 die Arbeitslosenzahl mit 1 Million für die ganze Nation in Ansatz gebracht werden darf; um diese Zeit betrug die Gesamtzahl der Arbeiter 6,2—6,5 Millionen, darunter ungefähr 1,2 Millionen Landarbeiter.

Schon diese wenigen Zahlen beweisen, daß auch das kommunistische Regime trotz aller Lobhymnen nicht die Fähigkeit besitzt, aus sich heraus der auf Arbeit angewiesenen Bevölkerung „Brot“ zu verschaffen, viel weniger würde es dazu in der Lage sein, wenn es das Arbeitsproblem nach rein kommunistischen Ideegängen ansieht. Aus dem oben Gesagten sehen wir auch, daß die Sowjetmacht über die schwachen Ansätze zum Wiederaufbau der Industrie nur durch Anwendung der altbewährten privatwirtschaftlichen Grundsätze erreichen konnte.

## In Vorderindiens Lagunen.

Ein Muschelkonzert.

Wohl jeder hat einmal eine Muschel aus Ohr gehalten, um ein lautes Geräusch zu vernehmen, welches man allerdings kaum als Konzert oder überhaupt Musik bezeichnen kann, aber ich will heute von einem richtigen Muschelkonzert erzählen, welches eine besondere Wertwürdigkeit Battikaloo's bildet.

Battikaloo ist bekanntlich die Hauptstadt der Ost-Provinz der von der Natur so verschwenderisch bedachten Insel Ceylon, die man die Zmaragd- oder auch Zimmet-Insel zu bezeichnen pflegt. Sie liegt an weit verzweigtem Lagunennetz, das sich in vielen Windungen und Krümmungen vierzig Meilen landeinwärts erstreckt, verschiedene Breiten aufweisend, durchschnittlich solche eines mittleren Flusses, aber teils seecarigen Charakter annehmend. In diese Lagunen ergießen sich eine Anzahl Flüsse, und bei Battikaloo fließt ein starker Wall die Wassermengen, während ein mehrere Meilen langer, schmaler Kanal einen Abfluß zum Meer herbeiführt. Als ich längere Zeit zum Studium auf den köstlichen Eilande weilte, drängte es mich auch zu einer Lagunenfahrt, umso mehr, als ich bereits auf die tönenden Muscheln aufmerksam gemacht worden war. Es bestieg ich einen kleinen Dampfer, der dort regelmäßige Rundfahrten unternahm. Das Schicksal wollte mir wohl, denn es war helles, klares Wetter. Als wir in die Nähe des alten Forts gelangten und unser Dampfer ruhig und gelassen das Lagunenwasser durchfuhr, nur leichte Wellen erzeugend, drangen Töne, scheinbar weither kommend, an unser Ohr! Reife, sphärenartige Musik, wunderfame, schöne Töne und Klänge, und rätselfast erschien, woher sie kamen und welcher Art sie waren! Sie klangen sanft anschwellend, etwa wie ein Aeolsharfe, wirklich eine harmonische, zu ernster Stimmung treibende, herrliche Musik!

Dies rührt, wie dort allgemein bekannt, von den tönenden Muscheln her, die den Boden der Lagunen bedecken! Man sagte mir, daß bei bedecktem Himmel, und wenn der Nordostmonsun sich erhebe, die tönenden Muscheln schweigen. Der physikalische Vorgang soll sein, daß dann das Wasser durch die Zuflüsse in die Lagunen steigt, und dadurch sich der Salzgehalt vermindert, was zum Schließen der Muscheln führt — und sie zum Schweigen bringt! Die Eingeborenen, die Indier, legen begreiflicherweise eine andere Deutung zu Grunde, die auf religiösen Anschauungen und Ueberlieferungen beruht. Sie erklären sich die Töne der Muscheln als Grüße der teuren Verstorbenen deren Geister auf diese Weise mit den Zurückgebliebenen auf Erden verkehren, und ihnen Grüße aus den Jenseits übermitteln! — — —

Sicherlich wird das Anhören der tönenden Muscheln auch auf jeden Europäer tiefen Eindruck machen und ich darf wohl sagen, daß dies Muschelkonzert nicht an jeder Stelle der so überaus vielen Sonderbarkeiten und interessanten Einblicke in die dortige Indische Welt bei mir steht! So möge keiner, den der Weg nach der Samrahinsel führt, verkümmern, die tönenden Muscheln anzuhören! — — —

Freiherr von Antenried.

## Wanderungen durch Paris.

Drei Dinge fallen dem Fremden bei Straßenwanderungen durch Paris besonders auf.

Zunächst, daß der reiche und vornehme Pariser vor heute noch immer die alten Gebäude und berühmten Boulevards wirklich bewohnt. Sein Leben vollzieht sich in der Stadt, er bleibt wirklich Pariser. Die von England gekommene Mode, draußen in Villenvororten zu wohnen und die City nur als Wirkungsfeld für seine geschäftlichen Unternehmungen zu betrachten, ist ihm vollkommen fremd. (Der Festungsgürtel mag dazu beigetragen haben, und der ganz amerikanische abseits vom Maschinenzeitalter laufende Geist der Stadt überhaupt.)

Sodann nimmt einen wunder, mit welchem objektiven geschichtlichen Sinn Paris das ganze Geschehen seiner Landes seit 1270 in seinen Mauern aufbewahrt hat. Der Pariser vernichtet keine historische Tatsache; er wolle vor dem Auge der Geschichte keinem Ereignis den Gar aus machen. So kommt es, daß das gleiche Rommer friedlich nebeneinander Ereignisse der verschiedenen Revolutionen beherbergt und daneben eine Darstellung der jedes Mal einsetzenden Restauration. Die Kämpfe der Commards mit der Nationalgarde, während der Belagerung von 1870, sind in der öffentlich architektonischen Plastik ebensowenig verschwunden wie die ver-





